

**Pfand-Milch-Seife**  
aus reiner bester Kaseinmilch  
Bade-Kinder- u. Familien-Seife  
Dresdener Molkerei  
Gebr. Pfand

# Dresdner Nachrichten

39. Jahrgang.  
Aufl. 56,000 Stüd.

**Simon's Annenhof**  
Dresden.  
Vorzügliches  
Küchen- u. Hotel  
für Geschäfts- und Ver-  
gnügungs-Ressorts,  
Familien und Touristen.  
Im Centrum der Stadt.  
Gutes Restaurant  
Bürgerl. Pilsner.  
Mässige Preise.

**Curt Heinsius**  
Dresden-N., Tockstr. 27  
Friesenb. Amt 11, 2100.  
Mehrfache Garantie.  
Kostensfreie Probe.  
3 Mal prämiert. 60,000 St. in Facit.

**Gerh. Schlösser**  
Pührschliesser  
mit doppelter Luftventilierung.  
Gewalts. Schliessung.  
schadlos.

**St. Gotthard**, aromatischer Alpenkräuter-  
Magenbitter von Apotheker  
A. Kretschmar in Chem-  
nitz ist der beste und gesündeste Magenbitter der Welt.  
Derselbe macht Appetit, stärkt den Magen, die Verdauung  
u. hilft verdorren Magen. St. Gotthard ist zu haben in all-  
ger. Colonialw.-u. Drogeriegesch. Apothek., Delicatessengesch.,  
Conditorien, Weinhandlungen und Restaurationen.

**PATENTE**  
schnell und sorgfältig durch  
**RICHARD LÜDERS, PATENT-BÜRO in GÖRLITZ.**

**Anton Müller, Buchbindermeister**  
Lüttichaustr. 19 DRESDEN Lüttichaustr. 19  
spezialisiert:  
**Massen-Arbeiten.**  
Bedienung prompt. Preise billig.  
Fernsprecher Amt III. Nr. 417.

**Confirmanden-Anzugsstoffe** größter Auswahl **Friedr. Greiff & Sohn,**  
empfehlen in billiger **9 Georgplatz 9.**  
**Ar. 16. Spiegel:** Tabaksteuervorlage, Reichsfinanzreform, Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Sozialdemokratische Umrüche, Hauptgeschworene, Einjährig Freiwillige, Volksunterhaltungsabend, Gerichtsverhandlungen, Tagesgeschichte, Königl. Nachrichten. **Dienstag, 16. Januar.**

**Politisches.**  
Der Nebenkampf um die Tabaksteuervorlage hat an Interesse verloren, seitdem feststeht, daß die Kommissionsberatung lediglich den Zweck verfolgt, dem Entwurfe ein anständiges Begleitwort zu bereiten. Neue Gesichtspunkte zur Beurteilung der Vorlage sind im Laufe der Verhandlungen nicht zu Tage gefördert worden. Nur die Parlamentarier selbst haben die Debatten eigentlich gar keine Bedeutung. Denn nicht ein einziger Volksbote dürfte sich durch die Gründe, die in den letzten Tagen im Reichstage für oder gegen die projektirte Tabaksteuer vorgebracht worden sind, von seiner vorgefaßten Stellungnahme haben abbringen lassen. Eine überzeugende Wirkung der Redner auf die Kollegen erschien schon deshalb so gut wie ausgeschlossen, weil von den 37 Reichstagsabgeordneten noch nicht 100 zur Stelle waren. Am Sonnabend wurden im Reichstagsaal nur 33 Volksvertreter gezählt, von denen sich, wie es in einem Berichte heißt, Viele mit Lesen bekräftigten, während Andere alsbald wieder verabschiedeten. Die Reden waren nur auf die Wähler berechnet. Während daher Tabakinteressen mit großer Ausdauer auf den Tribünen des Reichstages ausdauerten, schrammte das Haus selbst bis auf eine Minderzahl von Abgeordneten zusammen; der Zuschauer sah manchmal ganze Nationen nicht zur Stelle.

Der Einlage, der vielleicht im Stande gewesen wäre, den Tabak ein lebhafteres Interesse einzubringen, der preussische Finanzminister Miquel, hat bisher geschwiegen. Anstatt würde auch icherlich ein Eingreifen die Tabaksteuervorlage retten können. Aber es wurde doch dazu beitragen, die parlamentarische Situation insofern zu klären, als man von Miquel erwarten durfte, daß er darüber Auskunft geben würde, wie er über die Reichsfinanzreform und insbesondere über die einzelnen Steuer-  
vorlage denkt, die von verschiedenen Seiten an Stelle der Wein- und Tabaksteuer vorgetragen worden sind. Miquel hat alle Ursache, über die Bemühungen verstimmt zu sein, die keinen Steuerreformplänen von der Caprivischen Mehrheit des Reichstages unter Führung Richters, Viers und Singers in den Weg gelegt werden. Sein gerechtfertigtes Verlangen, den allgemeinen Reichsfinanzplan mit seinen grundlegenden Gesichtspunkten der Erörterung der einzelnen Steuerprojekte voranzutreiben zu lassen, war vor Wehrmann abgelehnt worden. Dieser widerwärtigen Art der Geschäftsbehandlung lag die Absicht zu Grunde, die Chancen der Reichsfinanzreform zu mindern. Denn da vorausgesetzt ist, daß der Wein- und der Tabaksteuer Entwurf abgelehnt werden und da wahrscheinlich auch noch obenhin der Entwurf über die Reichs-  
steuerabgaben bestimmt wird, so fehlen die Mittel für die Durch-  
führung der Reichsfinanzreform vollständig und vor der an sich recht dringlichen Frage, wie das Verhältnis der Finanzen des Reichs zu denen der Einzelstaaten fest geregelt werden soll, wird nunmehr die weit dringlichste Aufgabe zu lösen sein, auf welchem Wege die zur Deckung der Kosten der Militärvorlage noch fehlenden Mittel aufgebracht werden sollen. Auch dem billigen Wunsch des preussischen Finanzministers, die drei Steuerprojekte würde an drei verschiedene Kommissionen zu verweisen, ist nicht entgegen worden. Der Reichstagspräsident hat sich vielmehr dahin entschieden, daß der Tabaksteuerentwurf der bereits bestehenden Kommission für die Steuerabgaben übertragen wird. Durch diese Art der Behandlung, die nur dazu angethan ist, eine solche und gründliche Erörterung der Steuerprojekte unmöglich zu machen, ist der Reichsfinanzplan Miquels, der die Sicherung einer geordneten und fest geregelten Finanzverwaltung im Reiche und in den Bundes-  
staaten anstrebt, völlig ausgedehnt worden. Denn die Kom-  
mission für Prüfung der Steuerprojekte wird ihre Aufgabe nur darin finden, die Reichseinnahmen soweit zu erhöhen, daß die Kosten der Steuerreform gedeckt werden. Sie wird also die Steuern so begrenzen, daß ein hierüber hinausgehendes Erträgnis zur Durchführung einer Neuordnung der Reichsfinanzen nicht erzielt wird.

Miquel hat seinem Größ über die Durchführung seiner Pläne Luft gemacht, nicht im Reichstage, sondern inmitten einer feierlichen Tafelrunde, bei einem Bankett, welches der gegenwärtig in Berlin tagende Reichstags-Tagung veranstaltet hatte. Miquel dürfte allerdings der freundschaftlichen Einladung wohl nicht in der Erwartung Folge gegeben haben, daß man ihn und seine Kollegen mit Vorwürfen begrüßen und seine Gegengewürde auch an der Festtafel einer scharfen Polemik unterziehen würde. Man wird es begreiflich finden, daß der freiburger Leiter der preussischen Finanzen diese Taktlosigkeit nicht ungerügt ließ und dabei ein wenig über die Grenzen, die ihm sonst das Geistesrecht zu ziehen pflegt, hinausging. Wenige Stunden zuvor hatte er im Reichstage ruhig die herbe Kritik der Tabaksteuer über sich ergehen lassen. Er hatte sogar sein Schwärmen nicht unterbrochen, als von einem Führer der Reformpartei seinem Kollegen Grafen Caprivi Bruch des Ehrenwortes vorgeworfen wurde. Bei dem Bankett im Kaiserhof ging ihm aber die Galle über. In heftigen Worten verwahrte er sich gegen den Angriff, der von dem Vertreter der Mainzer Handelskammer gegen ihn gerichtet wurde. Wie erent Miquel gewesen sein mag, lassen die heftigen Ausdrücke „Roth“ und „Dreck“ erkennen, die er ge-  
brauchte, um die Schwere der Botenrolle zu charakterisieren, von denen er sich bedacht glaubt. Er habe einen solchen Empfang nicht erwartet, erklärte er, und am allerwenigsten gedacht, bei einer feierlichen Gelegenheit also angegriffen zu werden. Die Herren sollten zunächst selber sich klar machen, was sie wollten. Die Militär-  
vorlage sei benützt und die Kosten dafür müßten aufgebracht werden. Wo er anflöwe, erklärt man mit eiliger Evidenz, für das Reich müßten die notwendigen Opfer gebracht werden, aber wenn es zum Zahlen komme, drehe Jeder sich um. Nichts von ihm läßt ein Vertreter für Köln, links ein Delegirter aus Hamburg. Der eine hätte die Weinsteuer, der andere die Tabaksteuer in der vorgeschlagenen Form für unannehmbar erklärt. Und als er sie freundschaftlich gebeten habe, doch gemäßigt anzugeben, wie sie denn die Beschaffung der Mittel sich dächten, hätten Beide scheltend geantwortet, daß sei doch Sache der Regierung. Thue nun die Regierung ihre Pflicht, so werde sie in solcher Weise behandelt, wie ihm hier fühlbar werde.

Eine freundslichere, verständnisvollere Behandlung, als ihm im Reichstage von der Caprivischen Regierungsmehrheit der Reichstags-  
bürgerlichen und sozialen Demokratie und von den Vertretern des Reichstages zu Theil geworden ist, darf Miquel auf der anderen Seite der Weisheitslehre, im preussischen Abgeordneten-  
hause erwarten. Die Thronrede, mit welcher Kaiser Wilhelm heute den preussischen Landtag eröffnet, wird aller Voraussicht nach auf zwei Punkte ein besonderes Gewicht legen. Zunächst dürfte aus der gegenwärtigen Finanzlage Preussens die Nothwendigkeit dar-

gelegt werden, die Reichsfinanzreform zu fördern. Alsbald wird die Bedeutung der landesgesellschaftlichen Thätigkeit zu Gunsten der heimischen Landwirthschaft in den Vordergrund gestellt werden. Nach beiden Richtungen hin hat der preussische Finanzminister auf die ent-  
scheidende Unterstützung der Landwirthschaft zu rechnen, deren Fortschritt schon bei der ersten Beratung des Etats vorausichtlich die Weichenstellung beachten werden, auf die großen Gesichtspunkte der Reichsfinanzreform hinzuweisen, deren Durchführung angesichts des preussischen Reichthums besonders dringlich erscheint. Die bevorstehende preussische Landtagsession wird den Gegenstand der seit der Trennung des Reichstages zwischen dem Reich und der Provinz der preussischen Angelegenheiten betrifft, in seiner ganzen Schärfe hervortreten lassen und damit zugleich der Lösung der gesamten schwebenden inner-  
politischen Nothwendigkeit sein.

**Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 15. Januar.**  
Berlin, Reichstag. Die allgemeinen Rechnungen über den Reichshaushalt für die Etatsjahre 1884/85 bis 1889/90 werden an die Rechnungscommission verwiesen. Streittig ist die Behand-  
lung von Guadalupe, bei denen der Ueberschuss des Reichs der Gegenrechnung des Reichstages bemängelt hat. Staatssekretär Graf Kolbowski fundirt ein Gesetz über die Ein-  
nahme und Ausgaben des Reichs an. — Abg. Wellenbude (Soz.) bringt bekannte Argumente seiner Partei gegen das Gesetz vor und bittet, dasselbe abzulehnen. — Finanzminister Dr. Miquel: Es ist allgemein anerkannt, daß es notwendig ist, die Reichs-  
einnahmen in dem Maße zu vermehren, als sie sich vermindern haben und als Mehrausgaben eingetretten sind. Durch die Handels-  
verträge entsteht ein Einnahmeverlust von 3 Millionen. Die Ein-  
nahmeüberschuss nicht aber eine Entlastung der Bevölkerung beider Staaten da entgegen, wo diese Entlastung am nöthigsten ist; bei den Abrechnungen. Auch für die Kreuzartikel ist eine solche Entlastung eingetretten. Wir wünschen nun einen Erfolg für den Antrag und daß der Vorschlag Tabak dienen. Da wir keine regelmäßige Schuldentilgung haben, wird man an eine Verrechnung der Einnahmen des Reichs doch wohl denken müssen. Eine Reichsrentensteuer wird wenig Stimmen im Reichstage finden; sie legt einen Einheitsstaat voraus. Ich kann keine Kreditverpflichtung, der eine Einkommensteuer heißt. Eine Weh-  
steuer kann nur Kopf- oder Einkommensteuer sein. Etwas wäre ungerecht, die andere Form über einen Apparat voraus, der außer Verhältnis zur Sache steht. Es kann eine Erbschaftsteuer in Frage kommen und zwar eine solche für Ascendenten, Descendenten und Ehegatten. Dasselbe würde aber in höchstem Maße drückend sein. Der Tabak ist kein notwendiges Nahrungsmitel, sondern ein Genussmittel, und ebenso ist der Wein für den weitaus größten Theil Deutschlands ein Luxusartikel. Da die Form der indirekten Steuer einmal gegeben war, was lag da näher, als auf diese bei den Steuern zu verzichten? Das bisherige System der Gewerbesteuer für den Tabak ist ungerecht. Man konnte also eine Erhöhung der bestehenden Tabaksteuer nicht vorschlagen, man hätte damit den Tabakbau ruinirt. Eine Erhöhung des Salts nach Werthklassen ist unannehmbar; es blieb also nur das Monopol über die Fabrikation. Eine solche ist noch dem Werthe zu erheben, weil es ungerecht wäre, eine billige Cigarette ebenso hoch zu besteuern wie eine theure. Der Vertreter Bremens legte seine Mitbürger wollten lieber eine Erhöhung der Matricularbeiträge als die Tabakfabrikation. Das ist ganz zu glauben. Matricular-  
beiträge müßten eine Kopfsteuer, es giebt da keinen Unterschied zwischen den wohlhabenden Bürgern Bremens und einem armen Arbeiter. So einseitig darf man aber nicht urtheilen. So lange ich Finanzminister bin, halte ich es für meine verdammte Pflicht und Schuldigkeit, dafür zu sorgen, daß Ordnung in die Reichsfinanzen kommt. Wenn heute schon der Reichtum des Reichs durch Erhöhung der Matricularbeiträge gedeckt werden soll, wie soll es dann mit dem in Zukunft etwa noch entstehenden Schuldenlasten, wie soll die Ordnung in die Finanzen der Einzelstaaten kommen? Ich werde mich an alle Patrioten. Daß sich die Interessenten äußern, soll ihnen nicht verdracht werden, es fragt sich aber, ob nicht die Interessen des Reichs und der Einzelstaaten und die Interessen der Gesamtheit der Steuerzahler hier-  
bei sind. Lehnt der Reichstag diese Fabrikation ab, so schließt er sich den Interessenten an, welche verlangen, daß an eine höhere Heranziehung des Tabaks nun und nimmermehr heranzutreten werden dürfte. Werden dann die Tabakinteressen Ruhe haben, wenn diese Vorlage abgelehnt wird und wenn in Preußen deshalb ein Aufschlag von 30 Prozent zur Einkommensteuer nöthig wird? Dann wird die Bewegung für eine höhere Tabaksteuer, ja sogar für das Monopol erst recht beginnen. Die Fabrikanten können nicht ihre eigenen Interessen, sondern die der Arbeiter vor, indem sie sich auf den Konsumrückgang berufen. Hier läßt sich die Zahl nicht feststellen, ich bin aber überzeugt, daß abgesehen von dem Ueber-  
schußstadium kein dauernder Rückgang eintreten wird. Der vor-  
übergehende Rückgang tritt aber auch ein, wenn die Vorlage fällt, da sich schon Fabrikanten mit Verrechnung der Fabrikation und die Konsumten durch Anschaffung von Borräthen auf das Aufkommen des Reichs eingerichtet haben und diese Schwankungen werden sich wiederholen, falls sich die verbündeten Regierungen von der Ablehnung der Vorlage nicht beruhigen werden. Das 1878er Gesetz trat den Matriculanten und hat doch einen Rückgang des Konsums nicht zur Folge gehabt. Infolge der Erhöhung der Gewerbesteuer durch die Fabrikation wird der Konsum mehr steigen. Man sagt, man solle Luxussteuern einführen, ebenso eine Equipagensteuer. Werden da nicht die Equipagenbauer und deren Arbeiter kommen und sagen, daß man ihre Existenz ruinire? In die Luxussteuer hoch, so bringt sie einen solchen Rückgang des Konsums hervor, ist sie niedrig, so bringt sie weniger als ihre Erhebung liefert. Von einer systematischen Belastung der unteren Verbrauchsklassen kann gar keine Rede sein, da in Deutschland das Verhältniß der direkten zu den indirekten Steuern auch nach An-  
nahme der Vorlage günstig bleibt. Einen der wesentlichsten Vor-  
züge der Vorlage erblicke ich in dem Umfange, daß der Tabakbau von den Beschränkungen des jetzigen Gesetzes befreit wird. Mit der Vorlage entlasten sie den Raucher geringerer Sorten und tragen zur Regelung und Ordnung der Reichs- und Staatsfinanzen bei. Ueber ein zukünftiges Verbot werden Sie keine neue Empfinden (Beifall rechts). — Baron v. Arnswald-Gordenhoff erklärt sich mit seinen westlichen Freunden gegen die Vorlage. — Abg. Weber-Deibler (nat.-lib.) beantwortet die Fabrikation im Interesse des deutschen Tabakbaues und befragt die jammervolle und maßlose Agitation, Man möchte die Vorlage prüfen und das Beste behalten. — Abg. Richter (freil.): Nach der Dar-  
stellung des Ministers Miquel müßte man dahin gelangen, daß Tabakfabrikationsteuern auch dann anzunehmen, wenn es durch finanzielle Rücksichten nicht nöthig wäre. Die Handelsverträge

feien eine den behaupteten nachtheiligen Einfluß für die Finanzen. Der Minister sagt, für die Steuerentlastung der Länder sei keine Mehrheit vorhanden. Nun, diese ist doch in die Verordnungen der Regierung auch nicht da. Das Gewerbesteuerrecht ist nicht mehr erhöht worden, aber warum nicht? Weil man durch die Zollpolitik einen Tabakbau in übermäßigen Umfange hervorgerufen hat. Der Minister konnte mit einer anderen Waare. Aber die Tabakbauern wollten ja von der Fabrikation gar nichts wissen. Der Minister sagt, die Tabakindustrie werde mit Annahme der Vorlage Ruhe bekommen. Jawohl, die Ruhe des Reichthums. Die Erhöhung der Matricularbeiträge schadet dem Reiche nicht, die Einzelstaaten hätten sich bisher die Einnahme-Überschüsse geflossen lassen, man müßte sie auch eine Erhöhung der Matricularbeiträge hinnehmen. Der Finanzminister verlangt Ordnung für die Reichs-  
finanzen; er möge nur ein für bessere Verhältnisse sorgen, dann würde von selbst die Ordnung in den Finanzen eintreten. Finanzminister Miquel: Mit dem bloßen Optimismus, die Welt wird schon Besserung bringen, hat Herr Richter schon oft geäußert. Ueberwiegend sei die Behauptung derselben, die Kollektafhebung des Reichs habe eine übermäßige Reduktion des Tabakbaues hervor-  
gerufen, während doch über einen Rückgang des Tabakbaues unter den bestehenden Gesetzen geflagt wird. Innerhalb fünf Jahren hat sich das Plus der Ueberschüssen aus den Matricularbeiträgen in Preußen von über 80 Millionen auf ein Minus von 35 Millionen umgewandelt. Kann da noch von einer geordneten Finanzverwaltung die Rede sein? Bei der preussischen Steuerreform hat der Staat seinen Reichtum erhalten, sondern nur nothwendig wieder-  
bekommen, was er den Gemeinden gegeben hat. Es ein solches Ansehen des Herrn Richter, das Centrum in die Expedition zu setzen. Er hoffe, daß dieses Ansehen diesmal scheitern werde. — Abgeordneter Herr v. Luch (Soz., Gläubig.) wünscht Ergänzungen der Vorlage im Interesse des Tabakbaues und deshalb Verweisung an die Vorkommnisse-Kommission. Die Vorlage wird demgemäß an diese Kommission verwiesen. — Nächste Sitzung Mittwoch. Anträge auf Abänderung der Gewerbeordnung.

Berlin. Die Budgetcommission des Reichstages erörterte heute die Ausgestaltung des neuen Reichstagsgebäudes, die mehrfach als zu kurz bezeichnet wurde. Schätzungsweise wurden die gefer-  
tigten 1,750,000 Mk. zur Ausstattung mit Möbeln und Teppichen sowie 400,000 Mk. zur Ausschmückung mit Bildern und Holzein-  
weidung bewilligt. Eine lange Erörterung knüpfte sich an die Forderung von 1,100,000 Mk. als erste Rate zur Errichtung des National-  
denkmals für Kaiser Wilhelm I. Der Herr Reichstag, Graf von Bismarck, beantragte, die Position abzulehnen und folgende Res-  
olution anzunehmen: In dem Reichstage an seinem Bestehen vom 2. Januar 1890 feierlich, wonach die Entscheidung über den Platz, auf welchem das Nationaldenkmal errichtet werden soll und über die Gestaltung des Standbildes lediglich St. Majestät dem Kaiser einbehalten ist, erübrigt er den Reichstagen, einen an-  
deren Entwurf auszuarbeiten zu lassen, in welchem die Architektur nur eine dem Umfange und der Anordnung des Platzes ent-  
sprechende Ausgestaltung findet. Die Weiterberatung wurde auf morgen vertagt. — Major von Kriegerministerium erhielt das Ministerium des sächsischen Abgeordneten. — Der National-  
rat in Dresden in Verbindung mit dem Reichstagen und Kaiser Wilhelm I. in Dresden ertheilt den preussischen Abgeordneten vielerlei Klänge. — Mit Bezug auf die einander widersprechenden Meldungen über den bevorstehenden Rücktritt des deutschen Reichstages in Wien, Preußen, erklärt die „Nationalzeitung“ ausdrücklich, daß der Reichstages sein Entlassungsgeheim eingezogen habe, dagegen wird dementsprechend, daß Heinrich v. Sabel seine Entlassung aus dem Staatsdienste nachgeholt habe.

Berlin. Der Reichstag tritt am 19. Januar zusammen. — Das Verhältniß der Reichsgerichte in Weimar (Oberlandes-  
rat; Stichwahl zwischen Deutsch-ultram.) und Strauß (ultra-  
ultram.)

Berlin. Die Nachricht, wonach das neue deutsche Reichstags-  
gebäude in Madrid theilweise niedergebrannt sei, ist falsch; es fand nur ein unbedeutendes Kammerbrand statt. — Zur Politik: Weiden-  
schauhaus wurde heute die Leiche eines Dr. R. eingeliefert, der bei einem Pistolenduell tödtlich verwundet worden war.

Berlin. Heute Morgens erhob im Duell der Fabrikant von Militärversorgungsgegenständen Delacour beim achten Regel-  
wechsel den Dr. med. Kneuer, Begleiter Wilmanns auf seiner letzten Waisa-Expedition.

Berlin. Der peinliche Zwischenfall, der sich beim Nejmahl des deutschen Reichstages ereignet hat, ist inzwischen gütlich be-  
glichen worden, nachdem der Geh. Commerzienrath Frenzel, als Vor-  
sitzender des Reichstages, dem Finanzminister die nöthigen Auf-  
klärungen gegeben hat. Herr Frenzel war beauftragt, dem Minister zu erklären, daß es jedenfalls in der Absicht des Herrn Michael aus Mainz nicht gelegen habe, den Herrn Finanzminister, einen Gast des deutschen Reichstages, zu verletzen. Es habe aus Herrn Michael vorwiegend die gödliche Gemüthsart gesprochen, die nicht jedes Wort an die Goldwaage legt. Der Minister scheint sich hierbei beruhigt zu haben.

Wien. Der deutsch-nationale antimilitarische Abgeordnete Steinwender, der Führer der deutsch-nationalen Partei, wurde gestern in einer Wählerversammlung in Villach bestialisch angegriffen. Es wurde ein Waffentransport gegen ihn beauftragt, worauf er er-  
klärte, sein Reichstagsmandat nicht niederzulegen. Die Wotone sind weniger politischer als persönlicher Natur.

Prag. Umladung Prozeß. Die Anklage lautet auf Hochver-  
rath, Majestätsbeleidigung und Beleidigung der Mitglieder des Kaiserhauses, Ueberrückel, Beleidigung eines geachteten an-  
erkannten Arztes, Diebstahl, böswillige Eigentumsbeschädigung und Betrug Angeklagt sind der 19jährige Journalist Hrubec und 75 Genossen, die im Alter von 16 bis 21 Jahren stehen, einer 30 Jahre alt. Es sind 100 Zeugen geladen. Die Mittheilung der Umladung betrug 20. Die Anklage enthält macht eingehende Mittheilungen über die Organisation der Umladung und ihre Be-  
ziehungen namentlich zu den Jungeseken. Der Organisation lag die Zahl 5 zu Grunde. Der Vorsitzende des Senats hat unbedeutende Macht.

Spind's gezeichnete Rindermilch. Preis 79.  
Frischer Molkerei Gebr. Spind, Buchhändler, 79.